

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 68 (1976)
Heft: 6

Artikel: Versuch einer Zwischenbilanz der Krise
Autor: Aeschbach, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354806>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Versuch einer Zwischenbilanz der Krise

Karl Aeschbach

Die gegenwärtige schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg folgte auf eine Periode unkontrollierter wirtschaftlicher Expansion, in deren Verlauf der Produktionsapparat in unserem Lande über die langfristigen Wachstumsmöglichkeiten hinaus erweitert wurde. Die Krise kam deshalb nicht ganz unerwartet, aber sie wurde durch die internationalen Krisenerscheinungen, die gleichzeitig in allen westlichen Industrieländern auftraten, erheblich verschärft. Die Krise nahm einen viel schnelleren Verlauf und hatte viel grössere Auswirkungen, als dies sowohl von der Bevölkerung als auch von den Wirtschaftsfachleuten erwartet und vorausgesehen wurde.

Eine provisorische Zwischenbilanz zeigt, dass in unserem Land seit dem Höhepunkt der Expansion rund 300 000 Arbeitsplätze verschwunden sind. Die Industriestatistik weist von 1970 bis 1975 einen Rückgang der Beschäftigten um 165 000 aus, und allein im Baugewerbe ist in den letzten drei Jahren der Verlust von weiteren 100 000 Arbeitsplätzen eingetreten. Der weitaus grösste Teil dieser Arbeitsplätze ging in den beiden letzten Jahren verloren, also seit dem Beginn der eigentlichen Rezession. Ein grosser Teil dieser Arbeitslosigkeit wurde von unserer Wirtschaft auf andere Länder abgewälzt, indem rund 100 000 Saisonarbeiter nicht mehr in die Schweiz zurückkehren konnten und weitere tausende ausländischer Arbeitskollegen, die oft seit langer Zeit mit ihren Familien in der Schweiz lebten, unser Land verlassen mussten.

Aber trotz diesem – unter menschlichen Gesichtspunkten sehr fragwürdigen – Export von Arbeitslosigkeit gab es nach der offiziellen Statistik in unserem Lande über 30 000 Vollarbeitslose und bis zu 130 000 Kurzarbeiter – ganz abgesehen von jenen vielen von der

Statistik nicht erfassten älteren Arbeitnehmern und Frauen, die ihre Stellen verloren und jenen zahlreichen Jugendlichen, die nach Abschluss ihrer Schulbildung oder ihrer Berufslehre überhaupt keine Stelle finden konnten. Zweifellos gibt es über die offiziellen Arbeitslosenziffern hinaus nach wie vor eine versteckte Arbeitslosigkeit, deren Umfang niemand wirklich kennt. In allen diesen Fällen erwies sich erneut mit aller Härte das wahre Gesicht der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in welcher die menschliche Arbeitskraft nur eine Ware darstellt, die man nach Bedarf anwerben oder wieder abstossen kann!

Noch ist die Krise nicht überwunden

In jüngster Zeit sind nun die Arbeitslosenziffern leicht zurückgegangen, doch ist dies mindestens teilweise auf die saisonbedingte Zunahme der Bautätigkeit zurückzuführen. Wohl erreichen uns auch aus dem Ausland erste Anzeichen der Hoffnung, so etwa die Berichte über Produktionssteigerungen in den USA und optimistische Prognosen aus der benachbarten Bundesrepublik Deutschland.

Doch ist es noch verfrüht, schon von einer Tendenzwende zu sprechen, denn erst in den nächsten Monaten wird sich zeigen, wie weit die Hoffnungen auf steigende Exporte unserer auslandabhängigen Wirtschaftszweige in Erfüllung gehen werden und wann in den binnenwirtschaftlichen Branchen von Gewerbe und Handel die Talsohle erreicht und durchschritten sein wird.

Aber auch wenn es uns gelingt, den massiven wirtschaftlichen Rückgang zu stoppen, so sind damit die Ursachen noch keineswegs beseitigt. Auf nationaler Ebene liegen diese Ursachen in der ungezügelter kapitalistischen Expansion, die dazu führte, dass entgegen der frühzeitigen Warnungen der Gewerkschaften ein zu grosses Heer von ausländischen Arbeitern in die Schweiz geholt wurde und dass im blinden Vertrauen auf ein ständiges wirtschaftliches Wachstum zu grosse Produktionskapazitäten geschaffen wurden – so vor allem im graphischen Gewerbe und in der Bauwirtschaft. Die Krise führt nun zu einem Abbau der überschüssigen Kapazitäten durch einen ebenso ungezügelter Konkurrenzkampf, der durch ruinöse Preisabgebote zum eigentlichen Vernichtungskampf wird und dessen Lasten durch einen entsprechenden Druck auf die Löhne auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Und auch in der Fremdarbeiterfrage sind es nicht nur die zur Rückwanderung gezwungenen ausländischen Arbeiter, sondern ebenso sehr ihre schweizerischen Kollegen, welche die Folgen zu tragen haben, müssen sie doch in vielen Fällen einen beruflichen und sozialen Abstieg in Kauf nehmen. Aber ebenso wie in der Phase der Expansion liegt nun im Augenblick der Krise die Schuld nicht bei unseren ausländischen Arbeitskollegen. Sie sind ja nur der Not gehorchend aus ihrer Heimat ausge-

wandert, um hier Arbeit zu finden und sie wurden auch als erste und am schwersten von der Krise betroffen.

Es sind vielmehr die Unternehmer, welche aus ihrem Gewinnstreben heraus ihre Betriebe über das wirtschaftlich sinnvolle Mass hinaus aufblähten und die nun auch die Verantwortung für die Rückwanderung tragen. Dadurch wird in einer Krisensituation die inländische Konsumnachfrage geschwächt, was weitere Arbeitsplätze in Frage stellt. Und alle jene, die gerade jetzt nach einem weiteren massiven Ausländerabbau rufen, sind sich wohl nicht bewusst, dass sie dadurch noch zur Verschärfung der Krise beitragen würden.

Die gegenwärtige Krise zeigt eines mit aller Deutlichkeit – und dies ist eine Lehre, die wir uns merken sollten: die kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert zwar, solange ein ständiges Wirtschaftswachstum vorhanden ist, und sie vermag in solchen Zeiten ihre inneren Widersprüche zu überdecken. Aber sobald dieses Wachstum auf Grenzen stösst und eine Krisensituation eintritt, ist die freie Marktwirtschaft nicht mehr in der Lage, sich selbst zu regulieren. Nur dort, wo starke Gewerkschaften rechtzeitig eingreifen können, geht der notwendige Abbau einigermaßen geordnet vor sich. Viele Arbeitgeber aber versuchen im Augenblick der Krise, sich ihrer menschlichen und sozialen Verpflichtungen zu entledigen, um den Existenzkampf ihrer Betriebe auf dem Buckel ihrer Arbeitnehmer künstlich etwas verlängern zu können.

Die Krise trifft praktisch jeden einzelnen Arbeitnehmer, der plötzlich zu spüren bekommt, dass er als unrentabel entlassen werden kann oder zumindest unter dieser Drohung einem erhöhten Leistungsdruck ausgesetzt wird. Aber auch die kollektiven Beziehungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden von der Krise betroffen.

Es gibt wohl kaum einen Gewerkschaftssekretär in diesem Lande, der nicht ein Lied singen könnte über die laufenden Verletzungen der Gesamtarbeitsverträge und über die zahlreicher gewordenen gerichtlichen Auseinandersetzungen. Die Unternehmervverbände befolgen nicht nur eine zentrale Strategie der Verzögerung der Lohnverhandlungen und der Verweigerung des Teuerungsausgleichs, sondern sie haben in einzelnen Branchen sogar Gesamtarbeitsverträge gekündigt, um freie Hand im gegenseitigen Vernichtungskampf zu bekommen. Solche Erscheinungen haben andererseits bei vielen Arbeitnehmern eine Empörung und Verbitterung ausgelöst, die nicht ohne Nachwirkungen für die Zukunft bleiben wird.

Die spontanen Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft, die in letzter Zeit durch eine Reihe von Betriebsbesetzungen und Streikbewegungen Aufsehen erregt haben, beweisen im übrigen mit aller Deutlichkeit, dass die schweizerische Arbeiterschaft sehr empfindlich auf einseitige und autoritäre Entscheidungen und die Verletzung der geltenden Verträge reagiert. Die Schweizer Arbeiter stehen nach wie

vor zum Vertragsgedanken, aber sie beharren auf der vollen Erfüllung des Geistes, in dem diese Verträge geschlossen wurden. Nicht nur der geschriebene Buchstabe ist wichtig, sondern auch der tatsächliche Wille der Unternehmer, Lösungen nach menschlichen und sozialen Gesichtspunkten gemeinsam mit den Arbeitnehmern und ihren Organisationen auszuhandeln und diese nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Rolle der Gewerkschaften in der Krise

An dieser Stelle erhebt sich in unserer Zwischenbilanz die Frage nach der Rolle und der Bedeutung der Gewerkschaften im bisherigen Krisenverlauf. Zur Beantwortung dieser Frage kann man etwas verallgemeinernd die Arbeit der Gewerkschaften in drei Hauptbereiche unterteilen:

Erstens die gewerkschaftsinterne Arbeit zum Schutze der Mitglieder, zweitens die politische Aktivität zur Bekämpfung der Krise und ihre Folgen und drittens die Ebene der Gewerkschaftspolitik und der Vertragspolitik mit ihren Perspektiven für die Zukunft.

Was den *gewerkschaftsinternen Bereich* betrifft, so dürfen wir feststellen, dass in unseren Gewerkschaftssekretariaten eine grosse und für die Betroffenen ausserordentlich wertvolle Arbeit geleistet wird. Ob es sich um den Rechtsschutz gegenüber dem Arbeitgeber oder vor Gericht oder um die Beratung in beruflichen, sozialen oder persönlichen Problemen handelt, so finden wir hier einen grossen persönlichen Einsatz tausender gewerkschaftlicher Vertrauensleute und Funktionäre, der oft bis an die Grenze des Möglichen geleistet wird.

In diesen Bereich gehören auch die Leistungen der gewerkschaftlichen Sozialinstitutionen, vorab der Arbeitslosenkassen, die jahrzehntelang ein Aschenbrödel-dasein führten, nun aber fast über Nacht grosse Bedeutung erlangt haben. Hier wirkte sich die praktische Erfahrung, welche die gewerkschaftlichen Kassen auch in den guten Zeiten sammelten, zum Vorteil der Arbeitnehmer aus. Die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen waren deshalb praktisch die einzigen, die den Arbeitslosen ohne Verzögerungen ihre Entschädigungen auszahlen konnten. Wie viel eine solche rasche und dezentralisierte Dienstleistung wert ist, können wohl am besten die Arbeitslosen selbst ermessen, die auf die Versicherungsleistungen dringend angewiesen sind.

Die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen waren in der Lage, den vor allem seit anfangs 1975 von Monat zu Monat sprunghaft steigenden Anforderungen zu genügen.

So haben allein in den 15 Monaten vom Januar 1975 bis März 1976 die Kasse der Metall- und Uhrenarbeiter über 50 Millionen Franken und die Kasse der Bau- und Holzarbeiter über 20 Millionen an Taggeldern

ausbezahlt. Diese Summen zeigen eindringlich, dass die Vermögen der bestehenden Kassen sehr stark beansprucht wurden und dass deshalb eine Neuordnung der Arbeitslosenversicherung auch aus finanziellen Gründen einer dringenden Notwendigkeit entspricht. Zusammenfassend darf man unterstreichen, dass auf der Ebene der gewerkschaftsinternen Arbeit eine enorme Kleinarbeit zugunsten der Arbeitnehmer geleistet wird, von der selten gesprochen wird und die um so mehr unseren Dank verdient.

Die einzige klare politische Alternative

Der *zweite Bereich gewerkschaftlicher Aktivitäten* zur Bekämpfung der Krise und ihrer Folgen betrifft die *politische Ebene*. Hier können wir ohne Überheblichkeit sagen, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Fraktion in den eidgenössischen Räten, als einzige grosse politische Kraft in unserem Lande klare und konkrete Vorstellungen zur Bekämpfung der Krise besass. Vor den letzten Nationalratswahlen haben der Gewerkschaftsbund und die SPS ein gemeinsames Sofortprogramm veröffentlicht, das während des Wahlkampfes wiederholt von bürgerlicher Seite als unrealistisch bezeichnet und wegen der damit verbundenen Verschuldung des Bundes abgelehnt wurde. Heute können wir jedoch feststellen, dass der Bundesrat die gewerkschaftlichen Vorstellungen praktisch vollumfänglich übernommen hat und sich diese inzwischen mit dem Segen des Parlamentes auf dem Wege zur Verwirklichung befinden.

Insgesamt wurden drei Arbeitsbeschaffungsprogramme beschlossen, die zusammen ein Auftragsvolumen von rund 4 Milliarden Franken auslösen sollen. Diese Arbeitsbeschaffungsprogramme bilden, zusammen mit der schnellen und wirksamen Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, unsere bisherige politische Antwort auf die Krise. Die Erfahrungen früherer Krisen lehren uns nämlich, dass in einer Krise, die nicht nur einzelne Wirtschaftszweige betrifft, sondern die gesamte Privatwirtschaft, die entscheidenden Impulse zur wirtschaftlichen Wiederbelebung nur vom staatlichen Wirtschaftssektor ausgehen können. Darum war die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Politik in der Krise darauf gerichtet, dem Staat die notwendigen Steuereinnahmen zu erhalten, um einen Abbau der Beschäftigten und der Löhne im öffentlichen Sektor zu vermeiden und gleichzeitig durch eine bewusste Förderung der öffentlichen Investitionen einen Beitrag zur Ankurbelung der gesamten Wirtschaftstätigkeit zu leisten.

Wir sind allerdings der Meinung, dass diese Sofortmassnahmen allein nicht genügen. Einerseits müssen nun dringend durch einen neuen Konjunkturartikel dem Bund die nötigen Instrumente in die Hand gegeben werden, damit er künftig sowohl bei einem neuen

unkontrollierten Wachstum, als auch bei einer sich abzeichnenden Rezession frühzeitig lenkend eingreifen kann.

Die Erfahrungen der letzten Jahre, die uns zuerst einen anscheinend grenzenlosen Boom und anschliessend einen um so härteren Sturz in die Tiefe brachten, sollten jedem Bürger gezeigt haben, dass der Staat seine wichtige Mitverantwortung in der Wirtschaftspolitik nicht mehr länger nur auf der Grundlage von dringlichen Bundesbeschlüssen ausüben kann.

Andererseits ergibt sich aus diesen Erkenntnissen, dass der öffentliche Wirtschaftssektor in Zukunft auf keinen Fall geschwächt werden darf, sondern eher verstärkt werden muss. Dies kann beispielsweise durch den konsequenten Ausbau der öffentlichen Regiebetriebe (SBB, PTT) unter gleichzeitiger Abgeltung ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen, oder durch die Erweiterung oder Schaffung neuer öffentlicher Lehrwerkstätten, die nicht krisenanfällig sind, geschehen. Und schliesslich sollte der Staat nicht nur in kritischen Momenten als Feuerwehr einspringen müssen, sondern auch in guten Zeiten stärker vom wirtschaftlichen Ertrag der privaten Unternehmen profitieren. Die Frage der gerechten Besteuerung der Kapitalgesellschaften wird im Zusammenhang mit dem neuen Finanzpaket des Bundes und der Reichtumssteuerinitiative der Sozialdemokraten in den nächsten Monaten aktuell werden.

Konfrontation in der Vertragspolitik

Am schärfsten treten die durch die Krise hervorgerufenen sozialen Gegensätze auf der Ebene der *gewerkschaftlichen Vertragspolitik* zutage. Denn während der Einsatz der Gewerkschaften in der alltäglichen Kleinarbeit und unsere politischen Erfolge zur Milderung der Krise oder doch der Krisenfolgen beitragen, ist es in der Vertragspolitik an vielen Orten, vor allem in den von der Rezession am stärksten betroffenen Branchen, zur offenen Konfrontation zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und den Gewerkschaften gekommen.

Die Schuld daran liegt keineswegs bei den unvernünftigen Forderungen der Gewerkschaften, wie es uns die bürgerliche Presse gelegentlich glauben machen will. Es sind vielmehr die Arbeitgeber, die auf Grund einer koordinierten Strategie ihrer Dachorganisationen in der Regel den Teuerungsausgleich vollständig ablehnen und dadurch in mehreren wichtigen Wirtschaftszweigen das Scheitern der Lohnverhandlungen provozierten. Sie haben beispielsweise den Malern und Gipsern sogar einen Abbau bisheriger vertraglicher Leistungen zugemutet und die bestehenden Verträge gekündigt, in der Hoffnung, auf diese Weise ihr Ziel leichter erreichen zu können. Und es waren auch die Arbeitgeber, die durch selbstherrliche Entscheidungen über Produktionsverlagerungen und Kündigungen oder durch die Unfähigkeit ihrer Geschäftsführung Betriebsbesetzungen wie bei-

spielsweise in der Uhrenfabrik Bulova in Neuenburg, in den Matisa-Werken bei Lausanne und in der Baufirma Pizzera in der Nähe von Neuenburg auslösten.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für die viel umfassendere Konfrontationspolitik der Arbeitgeber, eine Politik, die auch in der überaus gehässig und verleumderisch geführten Kampagne gegen die Mitbestimmung zum Ausdruck kam. Ein liberaler Gelehrter, NR Aubert, rechnete vor zwei Jahren im Parlament den Arbeitgebern die Grundfehler ihrer Haltung vor. Er sprach von einer Kriegserklärung an die Gewerkschaften und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Arbeitgeber im Begriffe seien, einen kleinen taktischen Sieg zu erringen, aber gleichzeitig einen grossen strategischen Fehler zu begehen. Was damals sehr zutreffend für die Mitbestimmung gesagt wurde, gilt heute sinngemäss auch für die Konfrontationspolitik der Arbeitgeber in der Vertragspolitik. Wir wissen sehr wohl, dass die Unternehmer von der gegenwärtigen Einschüchterung vieler Arbeitnehmer profitieren. Sogenannte übertarifliche Löhne wurden längst abgebaut, während gleichzeitig der Leistungsdruck auf den einzelnen Arbeitnehmer stieg.

Mit der Kündigungsdrohung in der Hand wurden an vielen Orten individuelle Verzichtserklärungen auf dem Teuerungsausgleich oder den 13. Monatslohn erpresst. Allerdings funktionierte diese individuelle Erpressungsmethode nicht immer. Es genügte, dass ein einziger Arbeiter den Mut hatte, sich zu wehren und die Gewerkschaften zu informieren. In der Regel mussten solche Massnahmen, die ja meistens geltende Verträge verletzen, rückgängig gemacht werden. Dies ist – zusammen mit dem durch die Krise hervorgerufenen ruinösen Preiskampf – der Hintergrund, auf welchem manche Arbeitgeberverbände versuchten, ihre Politik der Erpressung nun kollektiv und im grossen Massstab bei den Vertragsverhandlungen zu wiederholen. Es ging den Arbeitgebern dabei nicht allein um einige wenige Lohnprozente, die sie als Teuerungsausgleich hätten gewähren müssen, sondern es ging ihnen um eine prinzipielle Auseinandersetzung, um eine Schwächung der Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiterschaft. Und genau dies ist der Punkt, an welchem sich die bisherigen taktischen Erfolge der Arbeitgeber in strategische Irrtümer umzuwandeln beginnen. Denn mit ihrer Politik der Konfrontation haben sie den Widerstand der betroffenen Arbeitnehmer herausgefordert, haben sie das Bewusstsein geschärft, dass es in den Lohnverhandlungen keine Automatik gibt, die ein für allemal funktioniert, sondern dass es auch hier Grenzen gibt, die nicht ohne Gefahr überschritten werden dürfen.

Wenn wir versuchen, eine Zwischenbilanz der Gewerkschaftspolitik seit Beginn der Krise zu ziehen, dann müssen wir zwar feststellen, dass wir einige Rückschläge erlitten haben und nicht überall Kaufkraftverluste vermeiden konnten. Aber gleichzeitig hat sich die Ge-

werkschaftspolitik den neuen Verhältnissen angepasst und ist viel beweglicher geworden.

Die in einigen Verbänden durchgeführten inneren Strukturreformen beginnen ihre Früchte zu tragen, sind es doch die Arbeitnehmer selbst, die in jeder wichtigen Phase über die Vorbereitung und den Abschluss der Gesamtarbeitsverträge entscheiden. Diese innere Wiederbelebung der Gewerkschaften fällt nun zusammen mit dem Erlebnis der Krise, mit neuen Kampferfahrungen, die vorerst auf lokaler Ebene gemacht werden.

So vereinigen sich zwei Linien der gegenwärtigen Entwicklung, die beide zu einem für die Zukunft sehr entscheidenden Bewusstseinsprozess führen. Einerseits hat die Konfrontationspolitik der Arbeitgeber vielen Arbeitnehmern klar vor Augen geführt, dass der blosse Teuerungsausgleich, ja nicht einmal die Existenz eines Gesamtarbeitsvertrages selbstverständlich sind. Beides sind Errungenschaften der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die uns nicht kampflos in den Schoss gefallen sind und auch in Zukunft nicht kampflos zufallen werden. Nach einer langen Periode der Hochkonjunktur erleben viele Arbeitnehmer zum ersten Mal, dass dies die nackte Wahrheit ist. Zweifellos wird gerade die Generation der jungen und selbstbewussten Arbeitnehmer die richtige Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis ziehen.

Gleichzeitig aber mehrt sich die Zahl jener Arbeitnehmer, die in lokalen Abwehrkämpfen die Gewerkschaft wieder als eine Organisation des Kampfes erlebt haben. Und alle jene Arbeitnehmer, die aktiv am inneren Entscheidungsprozess in den Gewerkschaften teilnehmen – und deren Zahl ist ebenfalls im Wachstum – erfahren durch diese Teilnahme, dass auch auf der vertraglichen Ebene Geschlossenheit und Kampfbereitschaft notwendig sind, um die gut begründeten Interessen der Arbeiter zu wahren.

Wir wollen hier keine Gespenster an die Wand malen und keine Illusionen nähren. Die Gewerkschaften haben nicht im Sinn, von heute auf morgen das Steuer um 180 Grad herumzuwerfen. Sie werden die Grundsätze der Vertragspolitik nicht über Bord werfen, denn sie sind nach wie vor von den Vorteilen einer friedlichen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen für beide Seiten überzeugt. Aber der Abschluss eines Vertrages setzt einigermassen gleiche Kräfteverhältnisse auf beiden Seiten und den guten Willen zur Aushandlung fairer Bedingungen voraus. Wenn diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, wenn einzelne Unternehmerverbände glauben, sie könnten ihr Übergewicht in der Krise dazu benützen, die Rechte der Arbeitnehmer auszuhöhlen und die Arbeitsbedingungen einseitig zu diktieren, dann ist kein fairer Vertrag mehr möglich.

Die schweizerischen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben während der langen Periode der Hochkonjunktur stets ihr Verantwortungsbewusstsein unter Beweis gestellt und ihre damalige vor-

teilhaftere Situation nie zu einseitigen Machtdemonstrationen benutzt. Heute erwarten wir, dass die Arbeitgeber Gegenrecht halten und ihrerseits auch in schlechteren Zeiten zum Vertrag und dessen Schutzfunktionen für die Arbeitnehmer stehen. Wo dies der Fall ist, können die Verträge auch und gerade in Krisenzeiten ihre wertvolle Funktion erfüllen. Aber überall dort, wo Arbeitgeber einzeln oder kollektiv Gelüste zeigen, ihre gegenwärtige Machtstellung auszunützen, werden wir uns zu wehren wissen!

Unsere jüngsten Erfahrungen in der Vertragspolitik beweisen denn auch, dass es sich lohnt, keine faulen Kompromisse einzugehen, sondern eine klare und feste gewerkschaftliche Haltung einzunehmen.

Auch auf der Seite der Arbeitgeber beginnt man einzusehen, dass die gegenwärtige Krise nur überwunden werden kann, wenn an der sozialen Stellung und Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch die Gesamtarbeitsverträge gewährleistet ist, nicht gerüttelt wird. Die Gewerkschaften haben sich in der offenen Konfrontation neuen Respekt verschafft und die Arbeitgeber dazu gezwungen, von ihren starren Positionen abzuweichen. Damit sind gute Voraussetzungen geschaffen worden, um die Interessen der Arbeitnehmer auch in Zukunft wirksam und erfolgreich vertreten zu können.

Ausblick in die Zukunft

Wenn wir die einzelnen Elemente dieser Zwischenbilanz zusammenfassen, dann können wir ohne Übertreibung feststellen, dass die Organisationen der Arbeiterschaft als einzige politische und wirtschaftliche Kraft unseres Landes ein konkretes Programm zur Bekämpfung und Überwindung der Krise vorlegen konnten. So konnten durch rechtzeitige Gegenmassnahmen zahlreiche Arbeitsplätze gerettet werden, die materiellen Folgen der Arbeitslosigkeit aufgefangen werden und die Abbautendenzen der Arbeitgeber auf der Ebene der Vertragspolitik abgewehrt werden. Kurzum, es ist einzig und allein der klaren und offensiven Haltung der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten zu verdanken, dass die verhängnisvollen Fehler der dreissiger Jahre nicht wiederholt wurden und wir heute der Überwindung der Krise entgegensehen können.

Aber die Auseinandersetzungen um die Erneuerung und Verbesserung der Gesamtarbeitsverträge werden sich in den kommenden Jahren in einem härteren Klima abspielen. Dabei hängt sehr viel vom direkten Engagement der betroffenen Arbeitnehmer an der Gewerkschaftspolitik ab. Es ist deshalb ein langfristig sehr wichtiger Aspekt der bisherigen Erfahrungen, dass bei vielen Arbeitnehmern ein neues Bewusstsein dafür geschaffen wurde, dass die Durchsetzung ihrer materiellen und menschlichen Interessen gegenüber der Vorherrschaft des Kapitals nicht nur von der Stärke der gemeinsa-

men gewerkschaftlichen Organisation, sondern ebenso von der eigenen persönlichen Einsatzbereitschaft abhängt. Die Gewerkschaften sind keine Automaten, bei denen man oben den Mitgliederbeitrag hineinwirft und unten eine jährliche Lohnerhöhung herauskommt. Wenn in der Hochkonjunktur dieser verhängnisvolle Eindruck entstehen konnte, so hat die Rezession wieder sichtbar gemacht, dass auch die Verhandlungserfolge von der Stärke der Gewerkschaften abhängen, und dass diese Stärke nicht nur von der Zahl, sondern auch von der Kampfbereitschaft der Mitglieder abhängt.

Diese Feststellung gilt noch in verstärktem Masse für die Zukunft. Wenn wir nicht nur einigermaßen heil aus der gegenwärtigen Krise herauskommen wollen, sondern wenn wir den tieferen Ursachen zu Leibe rücken wollen, dann müssen wir für ein gerechteres wirtschaftliches und politisches Gleichgewicht nicht nur im eigenen Lande, sondern in der ganzen Welt eintreten. Wir können die Forderungen der Entwicklungsländer nach einem gerechteren Anteil von der Weltwirtschaft und nach gerechteren Preisen für ihre Rohstoffe und Nahrungsmittel nicht mehr überhören. Eine Welt, in welcher hunderte von Millionen Menschen unter Hunger, Unterernährung und Massenarbeitslosigkeit leiden, bildet einen ständigen Herd für neue politische und wirtschaftliche Krisen, die auch unser Land jederzeit aufs neue betreffen können. Wir können auch nicht darüber hinwegsehen, dass dem weiteren Wirtschaftswachstum durch die begrenzten Reserven an Rohstoffen und Energieträgern, wie auch durch die Verschmutzung der Umwelt natürliche Grenzen gesetzt werden, die nicht länger ungestraft missachtet werden dürfen. Alle diese politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren werden dazu führen, dass wir in der Schweiz längerfristig nicht mehr mit dem gleichen Wirtschaftswachstum wie in den Nachkriegsjahren rechnen können. In einer nur noch langsam wachsenden Wirtschaft aber wird sich zwangsläufig der Verteilerkampf zwischen der auch in unserem Lande recht schmalen Schicht der Besitzenden und den breiten Massen der Arbeitnehmer weiter verschärfen.

Zweifellos wird auch nach Überwindung der gegenwärtigen Krise die Lohnfrage im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktivität stehen. Aber wir streben ja nicht nur eine gerechtere Verteilung der Einkommen, sondern auch der Vermögen an – ein Ziel, das gegenwärtig unerreichbar scheinen mag, das wir aber nicht aus den Augen verlieren dürfen, wenn wir wirklich von wirtschaftlicher Gerechtigkeit sprechen wollen.

Aber neben diesen materiellen Begehren rücken mehr und mehr Postulate in den Vordergrund, welche der Verbesserung der Lebensqualität der Arbeitnehmer dienen sollen. Dazu gehört in erster Linie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, die in der Periode der Hochkonjunktur allzulange ungelöst geblieben ist. Hieher gehören aber auch die Forderungen nach Mitbestimmung und Bildungsur-

laub, die ihre Aktualität keineswegs verloren haben, sondern die wir geduldig und hartnäckig weiter verfolgen werden.

Aber keine einzige dieser Forderungen wird uns kampflos erfüllt werden! Wir müssen uns im Gegenteil darauf vorbereiten, dass jederzeit neue weltwirtschaftliche Probleme auftauchen können und dass die herrschenden Kreise unseres Landes dann erneut versuchen werden, nachteilige Folgen entweder durch das Mittel der Inflation oder durch jenes der Arbeitslosigkeit auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Wir dürfen uns daher nicht damit begnügen, auf eine baldige Überwindung der aktuellen Krisenprobleme zu hoffen und uns über den Mitgliederzuwachs zu freuen, den die Gewerkschaften in den beiden letzten Jahren erfahren haben. Wir müssen vielmehr konsequent den Bewusstseinsprozess fördern, der unter den Arbeitnehmern in Gang gekommen ist, denn die Probleme der Zukunft werden nicht einfacher sein als jene, die wir in den letzten zwei Jahren hinter uns gebracht haben.

Ich bin aber zutiefst überzeugt davon, dass wir der Zukunft optimistisch und zuversichtlich entgegenblicken dürfen. Die schweizerische Arbeiterschaft hat trotz der einschläfernden Wirkung, die von dreissig Jahren der Hochkonjunktur ausging, im Augenblick der Krise in vielen Betrieben und Branchen eine Probe ihrer Widerstandskraft erbracht, die ihren Eindruck nicht verfehlt hat.

Schreiten wir deshalb auf dem eingeschlagenen Wege fort und appellieren wir an alle unsere – organisierten und unorganisierten – Arbeitskollegen, die Reihen zu schliessen und die gemeinsame Kampfbereitschaft noch zu verstärken! Mit einer solchen Haltung werden wir glaubwürdig und erfolgreich auch die Probleme der Zukunft meistern können!